

„Demenz ist lokal“

Interview des Bürgermeisters Hans-Josef Vogel mit Margret Karsch und Sabine Sütterlin vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

Hans-Josef Vogel ist seit 1999 Bürgermeister der nordrhein-westfälischen Stadt Arnsberg. Nach dem zweiten juristischen Staatsexamen arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Institut für Wirtschaft und Gesellschaft Bonn und als Referent für Schule, Kultur und Sport der Stadt Münster, später als Stadtdirektor der Stadt Arnsberg. In seiner Stadt engagiert sich Hans-Josef Vogel unter anderem für alternative Konzepte und Projekte zur Betreuung und Begleitung von Demenzkranken und ihren Familien.

Der „Demenz-Report“ des Berlin-Instituts zeigt: Immer mehr Menschen erreichen ein höheres Alter, die Zahl der Demenzkranken wird steigen. Verändert das die Art des Betreuungsbedarfs?

Ja. Wir brauchen alternative Dienste, die professionelles und bürgerschaftliches Engagement koppeln, die Prävention und Teilhabe stärken, die Familien entlasten. Mit Konzepten wie „Pflegefall“ und „Pfleigestufen“ kommen wir hier nicht weiter. Wir brauchen vor allem berufliches und bürgerschaftliches Engagement, um Beziehungsleistungen entwickeln und erbringen zu können. Die Pflege wird also zukünftig ganz anders aussehen als die, die wir gegenwärtig organisieren. Sie wird bunter, da auch das Altern sich unterschiedlich vollzieht. Wer Städte des langen und guten Lebens organisieren will, der sorgt dafür, dass die Gemeinschaften in den Dörfern, den Stadtteilen, den Wohnquartieren das Leben mit Demenz begleiten. Unsere Gesellschaft als Ganzes muss sich vor Ort und in ihren Institutionen auf die veränderten Notwendigkeiten einstellen. Denn Demenz ist lokal.

Wo sehen Sie momentan die größten Probleme bei der Betreuung von Demenzkranken?

Zuerst einmal liegt auf dieser Krankheit immer noch ein Tabu: Wir buchen die Menschen unter „verwirrt“ ab. Damit verzichten wir schon darauf, von Anfang an richtig mit der Krankheit der Ältesten umzugehen. In vielen Familien werden vor allem in der ersten Phase der Demenz Ressourcen vergeudet, weil die Angehörigen gar nicht wissen, dass es sich um Demenz handelt. Hier sind Beratung und Unterstützung von besonderer Bedeutung. Wir müssen über die Krankheit informieren, Netzwerke zwischen Familien, Ärzten und Beratungsstellen aufbauen. Wir müssen Menschen finden, die bereit sind, sich ehrenamtlich zu engagieren und die Familien zu unterstützen, die Hilfe bei Demenz zu ihrer Sache machen, auch weil sie Brücken schlagen können zur Welt der Betroffenen.

Wer kommt dafür in Frage?

Potenzial an ehrenamtlicher Betreuung für Demenz gibt es etwa bei Kindern. Kinder haben einen unbefangenen Zugang zu Demenz, weil sie im Unterschied zu uns Erwachsenen noch keine Vorurteile über Demenz und keine negativen Altersbilder im Kopf haben. Deshalb können Schulen durch Projektarbeit vielfältige und flexible Programme mit Demenzkranken organisieren: etwa gemeinsam Einkaufen gehen, Musik machen oder Theater spielen. Junge Menschen lernen Demenz kennen, denken über das Altwerden und das Alter nach und sprechen auch zuhause darüber. Indirekt erhalten die Familien mit einem betroffenen Angehörigen dadurch hin und wieder auch Entlastung. Das trägt dazu bei, dass das Thema enttabuisiert wird.

Kinder allein werden die Aufgabe ehrenamtlicher Betreuung aber kaum schultern können.

Nein, natürlich nicht. Das müssen sie auch gar nicht. Sie lernen, gewinnen neue Bilder vom Alter, stärken ihre Sozialkompetenz. Es gibt viele Menschen, die bereit sind, sich in diesem Bereich freiwillig zu engagieren. Nur wird aus dieser Bereitschaft nicht von selbst Hilfe, die bei Demenzkranken und ihren Familien automatisch ankommt. Deshalb müssen wir als Kommune Vermittlungsleistung erbringen.

Wie soll die aussehen?

Wir müssen qualifizieren, vernetzen und Transparenz über Entlastungsangebote schaffen. Wir müssen Freiwilligenengagement überhaupt nachfragen, Familien, die mit dementen Angehörigen leben, entsprechend respektvoll ansprechen, sich zu öffnen. So schaffen wir es, dass potenzielle Akteure und die Gesellschaft insgesamt teilhaben an Problemen und Lösungen, die wir für eine Stadt des langen und guten Lebens brauchen.

Welche konkreten Erfahrungen haben Sie mit den Ehrenamtlichen in Arnsberg gemacht?

In unserer Stadt gehen zum Beispiel ältere Engagierte mit Menschen mit Demenz regelmäßig spazieren. Es gibt Ältere, die Musik machen und Musiknachmittage organisieren. Handwerker und Architekten beraten und helfen, eine Wohnung umzubauen. Es gibt engagierte Bürgerinnen und Bürger, die bereit sind, Familien von Demenzkranken verlässlich bei der Begleitung zu unterstützen. Es gibt Entlastung und Aktivierungsangebote für die Stadtteiltreffs, Beratungsstellen und Alterseinrichtungen. Engagierte besuchen Seniorenwohnheime mit Instrumenten oder auch ihren Therapie-Hunden oder Kaninchen, Kindertagesstätten besuchen regelmäßig Menschen mit Demenz in der Nachbarschaft. Jeder kann sich einbringen, je nach den persönlichen Fähigkeiten. Auf unserer Internetseite www.projekt-demenz-arnsberg.de werden einige dieser Projekte vorgestellt.

Welchen Rahmen müsste der Staat bieten, um die Betreuung von Demenzkranken zu verbessern?

Staatliche Lösungen sind immer begrenzt. Der Staat kann nur standardisierte Angebote organisieren. Demenz ist jedoch nicht einheitlich, sondern vielfältig und speist sich auch aus den Lebenserfahrungen und den Erinnerungen der Demenzkranken und der Familie. Entsprechend unterschiedlich ist die notwendige Unterstützung beim Leben mit Demenz. Deshalb brauchen wir vor Ort Freiräume, „Experimentierklauseln“, um neue Wege gehen zu können bei Prävention, Teilhabe, neuen Wohnformen, kombinierten Hilfen, Entlastung und Notfalldiensten. Diese vielfältigen, vielleicht noch gar nicht neu entstehenden Dienste auch der Zivilgesellschaft müssen unterstützt und gefördert werden. Es sind die Kommunen, die diese Vielfalt, dieses Engagement und seine Vernetzung am besten organisieren können. Der Staat muss den Kommunen dazu Freiheit und Geld geben.

Haben Sie ein Beispiel für ein örtliches Betreuungsprojekt, das an staatlicher Standardisierung gescheitert ist?

Wir hatten einen Investor, der mit den Beteiligten ein ganz neues „Wohnprojekt“ realisieren wollte und ein „Memory-Haus“ gebaut hat. In einem Teil des Gebäudes sollte der Demenzkranke mit seinem Partner/seiner Partnerin leben, im anderen Teil sollte professionelle Hilfe gekoppelt mit bürgerschaftlichem Engagement bei Bedarf zur Verfügung stehen. Tatsächlich ein Wohnprojekt, das die wichtigsten Potentiale symbolisiert hätte: die familiäre Leistung, die professionellen Dienste und das bürgerschaftliche Engagement. Die Kosten dieses „Memory-Hauses“ sind wesentlich geringer als der Betrieb klassischer Pflegeheime. Das war nicht förderungswürdig. Es entsprach nicht den vorgegebenen Normen und Standards. Der zentrale Sozialstaat kennt eben noch nicht alle Formen, die gesellschaftlich entstehen. Aber er muss diese Entstehung ermöglichen und unterstützen.

Was können die Kommunen für einen Beitrag leisten?

Kommunen – und damit meine ich die politische Kommune und die Bürgerkommune – sind in der Lage, Stadtgespräche zu initiieren, Tabus zu brechen, Potenziale zu entdecken und zur Entfaltung zu bringen, Unterstützung zu gewähren und Netzwerke zu organisieren. Wir machen das in den Bereichen von Sport und Kultur, bei Selbst- und Mithilfegruppen, im Jugendbereich und verstärkt auch für unsere Kindergärten und Schulen. Nur vor Ort, dort, wo die Menschen zuhause sind, wo sie in Beziehungen leben, können sie alternative Lösungen erproben und entwickeln. Das heißt: Die politische Kommune kann Unterstützungssysteme organisieren, für eine neue Beratung, für bürgerschaftliches Engagement, für Netzwerke, für neue Ideen.

Welche Strukturen sind in den Kommunen vonnöten, um die Freiwilligen zu vermitteln?

Wir brauchen Mitarbeiter, die Potenziale erkennen und ihre Entwicklung begleiten. Wir brauchen entsprechende Räume und Arbeit an und in Netzwerken. Das heißt, wir brauchen eine Infrastruktur, die die neuen Beziehungen in den Städten des langen und guten Lebens organisiert, die ehrenamtlichen Kräfte anspricht und einbindet. Diese Infrastruktur muss nachhaltig in die Stadtgesellschaft wirken, Handwerker, Handel, Schulen, Busfahrer, Taxifahrer, Vereine, Kirchengemeinden, Nachbarschaften, Kindergärten, Jugendzentren und Kultureinrichtungen erfassen.

Ist Engagement eine Frage der Mentalität, die möglicherweise in manchen Gegenden ausgeprägter ist als in anderen?

Natürlich hängt bürgerschaftliches Engagement ab von der inneren Einstellung. Wir erkennen immer mehr, dass Menschen ihre eigenen Ziele realisieren und sich dabei entfalten wollen. Wir können die Leute nicht dazu zwingen, solche Leistungen zu erbringen, sondern wir müssen diejenigen unterstützen, denen es Freude macht, diese Aufgaben zu übernehmen. Arno Geiger beschreibt in seinem neuen Buch „Der alte König in seinem Exil“, wie inspirierend es ist, sich mit demenzkranken Personen zu beschäftigen. Man erhält viel zurück. Es handelt sich um mehr als Pflege, es handelt sich um Beziehungspflege. Etwas ganz anderes, als dass man es in drei oder fünf Stufen bewerten und finanzieren könnte. Bürgerschaftliches Engagement zur Entfaltung zu bringen heißt immer, dass Menschen eine Sache zu ihrer eigenen Sache machen und damit ihre eigenen Ziele verfolgen. Denn es sind die eigenen Ziele, die Sinn stiften.

Die Beziehungsleistungen müssen in gewissem Umfang auch bezahlt werden – wie lässt sich das finanzieren?

Wir müssen vorsorgen für unser Alter, uns überlegen, was wir mit unserem Einkommen heute machen und ob wir nicht bereit sind, mehr davon für solche Beziehungsleistungen zur Verfügung zu stellen, weil wir als heute Aktive in Wirtschaft und Gesellschaft nicht im Alter genormt und standardisiert werden wollen. Weil wir doch erkennen, dass es neben materiellem Wohlstand auch sozialen Wohlstand gibt. Wir entscheiden heute mit, wie wir morgen leben werden.

Kann eine solche Neuorganisation der Betreuungsleistungen in großen Städten wie Berlin genauso gut funktionieren wie in überschaubaren Kommunen wie Arnshausen?

Arnshausen ist eine Stadt mit 75.000 Einwohnern – dezentral in Stadtteile und Dörfer gegliedert, in denen man sich kennt. Aber das ist auch in großen Städten möglich, wenn man in die Wohnquartiere, in die Stadtteile geht. Pflegeheime, die wir früher außerhalb von Wohnquartieren gebaut haben, sind Antworten aus einer alten Zeit, in der wir Demenz noch gar nicht auf der Tagesordnung hatten. Wir brauchen jetzt ambulante Betreuung in den Wohnquartieren. Deswegen auch mein Appell für eine Reform der Pflegeversicherung: Wir brauchen in den Kommunen Freiräume,

um neue Konzepte zu entwickeln. Wir brauchen für die Kommunen Experimentierklauseln für finanzielle Förderung für neu entstehende Dienste, für neu entstehende Formen der Zusammenarbeit von professionellem und bürgerschaftlichem Engagement. Wir brauchen Möglichkeiten, um Prävention neu zu erproben, um neue Wohnformen für Demenzkranke und ihre Familien zu entwickeln.

Trauen Sie der Pflegeversicherung diese Flexibilität zu?

Sie muss sie aufbringen, wenn sie den großen Veränderungen, die mit dem Alter und dem Altern verbunden sind, angemessen begegnen will.

Welche gesellschaftlichen Veränderungen brauchen wir darüber hinaus, um dem Problem zu begegnen?

Wir brauchen Agenturen, die soziale Innovationen im Bereich des demografischen Wandels erfinden, ausprobieren und fördern – und wir müssen auch das Scheitern von Projekten und Programmen mit einbeziehen. Ohne die Stiftungen, die uns Mittel zur Verfügung stellen und sagen: „Probiert das aus“, hätten wir im Bereich der Sozialpolitik kaum Innovationen. Deshalb noch einmal die Forderung, Spielräume zu schaffen, um die Vielfalt von Antwortmöglichkeiten zu erhöhen. Und zu dieser Vielfalt der Antwortmöglichkeiten gehört zum Beispiel auch eine reaktivierende Pflege, die es den Menschen erlaubt, aus einem Heim auch wieder zurück nach Hause oder in alternative neue Wohnformen zu kommen. Genauso wie eine interkulturelle Demenzberatung und -begleitung, denn auch die Migranten altern, und das stellt eine weitere Herausforderung für Städte des langen und guten Lebens dar.

Das Interview führten Margret Karsch und Sabine Sütterlin. Nachdruck unter Quellenangabe (Margret Karsch und Sabine Sütterlin / Berlin-Institut) erlaubt.